
Helmut Schneider

**Jihad in Mindanao?
„Kampf der Kulturen“ oder Entwicklungskonflikt im
Süden der Philippinen?**

Einleitung

Entgegen vieler Hoffnungen ist nach dem Ende der Blockkonfrontation zwischen „Ost“ und „West“ kein Zeitalter des Friedens angebrochen, eher scheint das Gegenteil der Fall zu sein. Allerdings handelt es sich aktuell und in der jüngeren Vergangenheit bei den meisten gewaltsam ausgetragenen Konflikten nicht um zwischenstaatliche Kriege im herkömmlichen Sinn, sondern um innergesellschaftliche, teilweise auch transnationale Kriege. In vielen dieser „neuen Kriege“ ist eine Verbindung kriegerischer Gewalt mit (organisierter) Kriminalität zu beobachten, oft geht es um die Kontrolle materieller Ressourcen (u.a. Bodenschätze, Drogen) und als Auslöser oder Legitimation spielen ethnisch-kulturelle sowie religiöse Motive eine wichtige, offenbar noch wachsende Rolle (vgl. zur Debatte um die „neuen Kriege“ Kaldor 2000, Eppler 2002, Münkler 2002). Noch zusätzlich verstärkt durch die weltweiten spektakulären Anschläge islamistischer Terroristen (u.a. Nairobi, Daressalam, New York, Djerba, Bali) ist diese Entwicklung vielfach als Bestätigung der Prognose vom „Zusammenprall der Kulturen“ interpretiert worden, die der amerikanische Politologe *Samuel Huntington* schon 1993 als Konfliktszenario für das 21. Jahrhundert formuliert hatte (Huntington 1998). Im Folgenden soll am Beispiel des bis vor wenigen Jahren in der Weltöffentlichkeit kaum registrierten Regionalkonflikts im Süden des südostasiatischen Archipelstaates Philippinen der Frage nachgegangen werden, ob es sich um einen Kulturkonflikt im *Huntingtonschen* Sinne handelt oder ob andere Ursachen für den Konflikt verantwortlich gemacht werden müssen.

Die im Süden der Philippinen gelegene zweitgrößte Insel des Landes Mindanao sowie die Inseln des Sulu-Archipels machen rund 32% der Landesfläche (ca. 300.000 km²) aus, mit ca. 18 Mio. Einwohnern entfallen auf diesen Raum aber nur 24% der philippinischen Gesamtbevölkerung (ca. 76, 5 Mio. laut Volkszählung vom 1. Mai 2000, vgl. NSCB 2002). Die Wirtschaft Mindanaos und der Sulu-Inseln ist bisher, abgesehen von einer gewissen Bedeutung der Nahrungsmittel- und Holzindustrie, von Landwirtschaft und Fischerei geprägt – sowie einem mehr oder weniger geduldeten Schmuggel über die nahe gelegenen Seegrenzen mit Indonesien und Malaysia. Nach der religiös-kulturellen Prägung der großen Bevölkerungsmehrheit sind die Philippinen das einzige christlich-katholische Land Südostasiens, neben verschiedenen anderen kleineren Religionsgruppen leben hier aber auch rund 3,5 Mio. Muslime, die etwa 5% der Gesamtbevölkerung ausmachen. Wichtig für das Verständnis der Konfliktdynamik ist der Umstand, dass die philippinischen Muslime nahezu ausschließlich auf Mindanao und auf den Inseln des Sulu-Archipels leben, wo sie in einigen Räumen auch die Bevölkerungsmehrheit stellen. Sie bilden allerdings keine homogene ethnisch-kulturelle Bevölkerungsgruppe, vielmehr lassen sich verschiedene Ethnien mit je eigenen Traditionen unterscheiden; zu den wichtigsten zählen *Tausug* und *Samal* (vorwiegend auf den Sulu-Inseln) sowie *Maguindanao* (vorwiegend in Zentralmindanao) und *Maranao-Illanun* (vorw. um den Lanao-See)(vgl. Abb. 1).

Spektakuläre Entführungen rücken den Regionalkonflikt ins Blickfeld

An Ostern 2000 hat eine spektakuläre Entführungsaktion das Interesse der Weltöffentlichkeit auf diese – aus europäischer Sicht – entlegene Region gelenkt. Damals wurden 21 Urlauber, darunter auch der Göttinger Geographielehrer Wallert und seine Familie, von der bei Tauchern beliebten winzigen Koralleninsel Sipadan vor der Küste des malaysischen Teilstaates Sabah entführt und auf die Insel Jolo im südphilippinischen Sulu-Archipel verschleppt. Die

Geiseln kamen erst nach über viermonatiger Gefangenschaft und der Zahlung von Lösegeldern von (vermutlich) insgesamt 15 Mio. US\$ wieder frei. In der Folge kam es immer wieder zu Geiselnahmen mit unterschiedlichem Ausgang. Größere Resonanz fanden sie meist nur dann, wenn auch Ausländer betroffen waren. Derzeit befinden sich noch drei indonesische Seeleute und vier philippinische Predigerinnen einer christlichen Sekte in der Gewalt von muslimischen Entführern (*Philippine Daily Inquirer* 4.1.2003).

Durch die Entführungsaktionen wurde der schon lange andauernde Konflikt zwischen der *muslimischen Bevölkerungsminderheit* der Philippinen und dem von der *christlichen Mehrheitsbevölkerung* dominierten Zentralstaat wieder verstärkt ins Blickfeld gerückt. Die historischen Wurzeln dieses Konflikts reichen bis zu den Anfängen der spanischen Kolonisierung des Archipels im 16. Jahrhundert. zurück. Die letzte und bis heute anhaltende Konfliktphase - zeitweise mit massiven militärischen Auseinandersetzungen wie z.B. 1974 der Bombardierung von Jolo-Stadt durch die philippinische Luftwaffe - hat Ende der sechziger Jahre eingesetzt. Nach vorsichtigen Schätzungen hat sie bis heute ca. 100.000 Opfer gekostet und mehrere hunderttausend Menschen zu Flüchtlingen gemacht (vgl. z.B. Luther 1981; McKenna 1998; Schneider 2000; Werning 2001; Dañguilan Vitug/ Gloria 2000).

Als verantwortlich für die jüngste Serie von Entführungen gilt die 1991 von unzufriedenen Überläufern anderer muslimischer Organisationen gebildete Gruppe *Abu Sayyaf* (benannt nach dem *nom de guerre* ihres Gründers). Mit inzwischen vermutlich nur noch 200 - 800 Anhängern - nach erheblichem Verfolgungsdruck durch die philippinische Armee, unterstützt von Einheiten der US-Armee - ist sie die kleinste von drei politisch-militärischen Organisationen der muslimischen Bevölkerungsminderheit der Philippinen. Politisch weitgehend bedeutungslos, aber für ihre terroristischen Kampfmethoden berüchtigt, agiert *Abu Sayyaf* in der Grauzone von Politik und Kriminalität; ihre bevorzugte Strategie der Lösegelderpressung wird mit der politisch ausgesprochen diffusen Forderung nach staatlicher Unabhängigkeit für die philippinischen Muslime

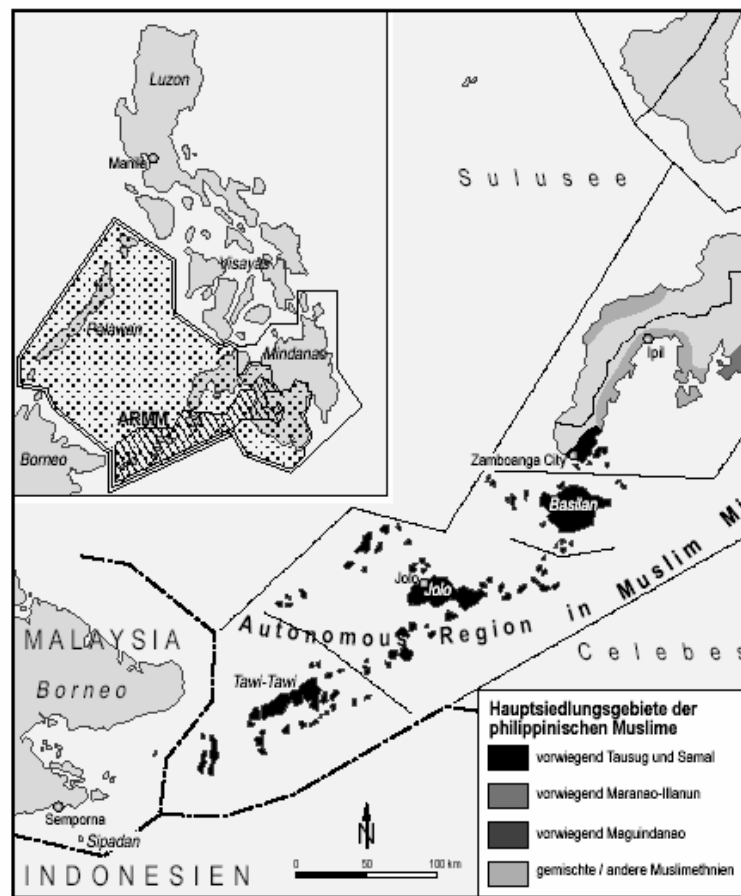
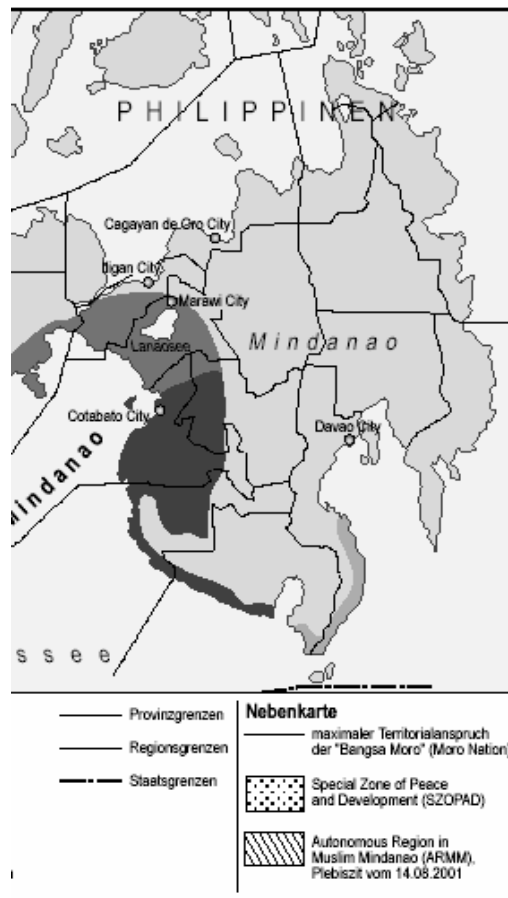


Abb.1: Südphilippinen: Administrative Gliederung und Hauptsiedlungsgebiete der philippinischen Muslime (Quelle: eigener Entwurf)

legitimiert. Räumliche Schwerpunkte der Abu Sayyaf sind die Inseln Jolo und Basilan südwestlich Mindanaos. Das Ziel eines unabhängigen Staates der *Bangsa Moro* (Moro Nation) vertritt auch die politisch und militärisch weitaus gewichtigere *Moro Islamic Liberation Front* (MILF), die zumindest in ihren offiziellen Verlautbarungen



terroristische Methoden gegen Unbeteiligte und Unbewaffnete als unislamisch ablehnt. Sie ist mit ca. 12.000 bewaffneten Anhängern die gegenwärtig größte Organisation, ethnisch-kulturell ist sie hauptsächlich unter den Maguindanao in Zentralmindanao verankert. Die stärker islamistisch, aber nicht im strengen Sinn fundamentalistisch orientierte MILF ist 1979 als Abspaltung aus der

schon 1968 gegründeten, noch der Tradition säkular-antikolonialer Befreiungsbewegungen verpflichteten *Moro National Liberation Front* (MNLF) hervorgegangen, der sie wegen des Verzichts auf das Ziel staatlicher Unabhängigkeit Verrat vorwirft. Die MNLF hat 1996 unter indonesischer Vermittlung mit der Zentralregierung ein Friedensabkommen geschlossen und beteiligt sich seitdem an der politischen Umsetzung einer Autonomielösung für die islamische Bevölkerung im Rahmen des philippinischen Staatsverbandes. Durch die Entmachtung und Inhaftierung des Gründers und langjährigen Führers der MNLF Nur Misuari im Jahr 2001 ist die MNLF derzeit jedoch gespalten und geschwächt (für detaillierte Darstellungen führender Personen und Organisationen der philippinischen Muslime vgl. McKenna 1998 und Dañguilan Vitug/ Gloria 2000).

„Kulturalistische“ Konfliktdeutungen

Bei allen Konfliktparteien gibt es starke Tendenzen, den Konflikt vereinfachend mit dualistischen, zunehmend auch mit „kulturalistischen“ Kategorien auszudrücken: Gut gegen Böse, Recht gegen Gewalt, Gläubige gegen Ungläubige oder eben Christentum gegen Islam. Während sich die MNLF bis heute stärker als *nationale*, denn als *islamische* Befreiungsbewegung versteht, beziehen sich die MILF explizit und wenigstens deklamatorisch auch Abu Sayyaf legitimierend auf den Islam¹. Als Antwort auf eine Militäroffensive der Estrada-Regierung im Jahr 2000 hatte die MILF ausdrücklich zum „Jihad“, zum „heiligen Krieg“ aufgerufen, ihre Internetveröffentlichungen trugen bis vor kurzem kämpferische Titel wie „Jihad in Mindanao“ oder „Morojihad.com - The Voice of Truth“. Gemeint war und ist dabei im philippinischen Kontext aber bislang ausschließlich die „Befreiung“ des Gebietes, das als „Moro-Homeland“ beansprucht wird: Mindanao, die Inseln des Sulu-Archipels sowie

¹ Die jeweilige Symbolik bringt dies deutlich zum Ausdruck: Gelber Halbmond und Schwert auf rotem Hintergrund bei der MNLF, Grün als Symbolfarbe und Koransuren (in arabischer Schrift!) bei der MILF.

die Insel Palawan (vgl. die Nebenkarte in Abb. 1) und konkret die Verteidigung gegen militärische Angriffe. Dies ist ein wichtiger Unterschied gegenüber Ideologemen, die Gruppierungen wie Al Queida vertreten, die den „Jihad“ als weltweiten terroristischen Kampf gegen westliche „Kreuzfahrer“ und „Juden“ und als Pflicht für jeden Muslim propagieren (vgl. z.B. Rosiny 2002)². Davon haben sich die beiden wichtigsten Organisationen der philippinischen Muslime MILF und MNLF mehrfach klar distanziert. Abu Sayyaf werden zwar Verbindungen zu den internationalen Terrornetzen nachgesagt, Vorwürfe, die in letzter Zeit seitens der philippinischen Armee auch gegen die MILF erhoben werden, ohne dass dafür bisher aber harte Beweise vorliegen.

Dahinter steht freilich auch das durchsichtige Bestreben des Militärs, sich durch die Einreihung in die internationale Antiterrorfront Legitimation und nicht zuletzt die (personelle und materielle) Unterstützung der US-Armee zu verschaffen. Für die USA waren die Entführungen (von denen zuletzt auch US-Bürger betroffen waren) und vermutete Verbindungen zwischen den philippinischen Muslimorganisationen und Al Queida der Anlass, den Süden des Landes als weitere „Frontlinie“ in ihren internationalen Kampf gegen den Terrorismus einzubeziehen. In einer zunächst von Februar bis Juli 2002 befristeten Aktion unterstützen die USA mit mehreren hundert Soldaten die philippinische Armee in der Konfliktregion (v.a. auf der Insel Basilan), eine Fortsetzung der gemeinsamen Militäraktionen ist vereinbart. Die Haltung der philippinischen Bevölkerung dazu war und ist ambivalent: Viele begrüßen die Unterstützung der ehemaligen Kolonialmacht USA gegen den „islamischen Terror“, vor allem die Christen in Mindanao, unter denen „kulturalistische“

²Die Feinheiten theologisch-politischer Ausdeutungen des Jihad-Begriffs, mit denen sich fundamentalistische Gruppierungen, aber auch islamische Gelehrte (etwa am *Zentrum für islamische Studien* der Kairoer Azhar-Universität) beschäftigen – z.B. ob der Jihad nur defensiv, oder auch offensiv oder gar nur in allgemeiner Weise als „zielgerichtetes Bestreben“ zu verstehen sei – spielen in der philippinischen Auseinandersetzung faktisch keine Rolle.

Konfliktdeutungen ebenfalls weit verbreitet sind. (Links)nationalistische Kreise lehnen sie strikt ab und fühlen sich schon an die Anfänge des Vietnamkrieges erinnert; aus Protest gegen die seiner Meinung nach verfassungswidrige US-Militärpräsenz ist im Juli 2002 sogar der philippinische Vizepräsident Guingona in seiner Funktion als Außenminister zurückgetreten³.

Huntingtons Kulturkampfszenario - eine Erklärung?

Nimmt man die zahlreichen „kulturalistischen“ Deutungen der Konfliktparteien zum Nennwert, scheint im Süden der Philippinen tatsächlich ein Kulturkonflikt zwischen Islam und Christentum stattzufinden. Eine besonders griffige Erklärung für diesen neuen Konflikttypus nach dem Ende des Kalten Krieges hat der amerikanische Politikwissenschaftler *Samuel Huntington* mit seiner These vom „Zusammenprall der Kulturen“ geliefert (Huntington 1998). Für ihn ist der Regionalkonflikt in Mindanao und den Sulu-Inseln ein typisches Beispiel für einen „Bruchlinienkonflikt“, ein besonders gefährlicher und gewaltförmiger Konflikttypus, der dort auftritt, wo sich islamischer und christlicher Kulturkreis berühren (loc. cit. 412 ff.). *Huntingtons* Thesen haben weltweit und Disziplingrenzen überschreitend große Resonanz gefunden, was angesichts der recht schmalen empirischen Basis seiner Argumentation, die zudem keineswegs so neu und bahnbrechend wie behauptet ist, zunächst verwundern muss. Die ideengeschichtlichen Ursprünge und Vorbilder des Kulturkampfkonzepts lassen sich in traditionellen Denkmustern westlich-abendländischer Kulturüberlegenheit identifizieren, die auch in der Geographie wie etwa in *Kolbs* Konzept der

³ Vor 10 Jahren mussten die USA ihre Militärbasen *Subic Naval Base* und *Clark Air Base* nicht zuletzt aufgrund der ausgeprägt antikolonialen Stimmung in der Bevölkerung räumen. Seitdem enthält die Verfassung einen Zusatz, der den Kampfeinsatz fremder Truppen auf philippinischem Territorium ausdrücklich verbietet.

Kulturerdteile ihren Niederschlag gefunden haben (vgl. z.B. Ehlers 1996, Kolb 1962).

Huntington selbst merkt in seiner Buchpublikation relativierend an, er lege „kein sozialwissenschaftliches Werk“ vor, vielmehr handele es sich um eine „Interpretation der Entwicklung der globalen Politik nach dem Kalten Krieg“ (Huntington 1998, 12). Darin liegt sicher auch eine Erklärung für die ungewöhnliche Popularität, die er mit seinen Thesen vom „Kampf der Kulturen“ erzielt hat: Sie versprechen Orientierung in einer Welt, die nach dem Ende der Systemkonfrontation und geschwundener Bindekraft großer Ideologien „unübersichtlicher“ geworden und durch Globalisierung raumzeitlich „geschrumpft“ ist. Dadurch treten kulturelle Differenzen zwischen „Eigenem“ und „Fremdem“ nicht nur stärker hervor, sie gehören auch für eine wachsende Zahl von Menschen zur alltäglichen Erfahrung. Was nach dem Ende des Kalten Krieges bleibt, sind die fundamentalen Spaltungen der Menschheit nach Ethnien, Religionen und Kulturkreisen, die immer wieder neue Konflikte erzeugen (Huntington 1998, 93). Die gefährlichsten Konflikte sind nach *Huntington* Konflikte, die an den „Bruchlinien“ zwischen den großen Kulturkreisen aufbrechen: „Bruchlinienkonflikte“ sind gewaltsame Konflikte zwischen Gemeinschaften, die Staaten oder Bevölkerungsgruppen aus unterschiedlichen Kulturen angehören. Solche Konflikte sind jedoch nicht gleichmäßig verteilt. Während auf der Makroebene der „Westen“ seine bedrohte Vormachtstellung gegen „den Rest“ der Welt verteidigt, „ist es auf der Mikroebene der lokalen Politik der Kampf zwischen dem Islam und den anderen“ (loc. cit. 416). Die „Moro-Rebellion“ im Süden der Philippinen ist für *Huntington* ein typisches Beispiel für „Bruchlinienkonflikte“ dieser Art (412 ff.); und Konflikte, an denen Muslime beteiligt sind, sind nach seiner Einschätzung nicht nur besonders häufig, sie verlaufen auch besonders gewalttätig. *Huntington* konstatiert eine „muslimische Neigung zum gewaltträchtigen Konflikt“ und stellt apodiktisch fest: „Muslimische Kriegslust und Gewaltbereitschaft sind Ende des 20. Jahrhunderts eine Tatsache, die

weder Muslime noch Nicht-Muslime leugnen können.“(loc. cit. 422). Als eine wichtige Erklärung dafür identifiziert er „die Bevölkerungsexplosion in muslimischen Gesellschaften“ (loc. cit. 433).

Popularität *und* Problematik der Thesen Huntingtons beruhen zu einem großen Teil darauf, dass zwischen *Wirkung* und *Ursache* nicht scharf unterschieden wird: Sind als unvereinbar gedachte kulturelle „Wesenskerne“ die *Ursachen* ethnisch-kultureller Konflikte, oder werden bestehende kulturelle Unterschiede im Zuge von Konflikten, denen ganz andere Ursachen zugrundeliegen, politisch *instrumentalisiert*? Trifft Letzteres zu, dann wäre nicht die kulturelle Differenz an sich das Problem, sondern die instrumentelle Politisierung dieser Differenz (vgl. z.B. Meyer 1997). Zu fragen wäre dann nach den Interessen, die hinter einer solchen Instrumentalisierung stehen. Die empirische Konfliktforschung sieht sich freilich häufig mit der Komplikation konfrontiert, dass „Kultur“ - wenn auch nicht in erster Instanz konfliktverursachend - in einem sich selbst verstärkenden Prozess zum Treibsatz weiterer Konfliktverschärfung werden kann, eine Entwicklung, die die Akteure oft kühl einkalkulieren (z.B. durch die wechselseitig Zerstörung religiöser Symbole). Sowohl aus der politischen Konfliktforschung als auch der kulturvergleichenden Sozialforschung liegen Forschungsergebnisse vor, die *Huntingtons* Verallgemeinerungen in Frage stellen. Auch eine gegenwartsbezogene und kritische Kulturgeographie kann durch die Dekonstruktion „kulturalistischer“ Ideologeme wichtige Beiträge zur Ursachenanalyse und damit auch zur Konfliktlösung leisten (vgl. dazu und zur Kritik des *Huntington*-Konzepts in der deutschen Geographie z.B. Ehlers 1996, Kreutzmann 1997, 1998). In diesem Sinne sollen im Folgenden am Beispiel des südphilippinischen Regionalkonflikts pauschalisierend-gefährliche Vereinfachungen wie „Kulturkampf“, „Religionskrieg“ oder „Kampf gegen das Böse“ durch Verweis auf zugrundeliegende Konfliktursachen dekonstruiert werden. Damit erst wird der Blick frei für die Rolle, die Kultur in konkreten „geokulturellen Konfliktkonstellationen“ (Senghaas 1998) ja durchaus spielt, ohne eigentliche Konfliktursache zu sein.

Koloniale Wurzeln des Regionalkonflikts

Im Süden der Philippinen sprechen die lange Konfliktdauer und von religiösem Glaubensbekenntnis geprägte Selbstdefinitionen der Konfliktparteien zunächst für *Huntingtons* Thesen. Die historischen Wurzeln des Konflikts, dessen aktuelle Phase Ende der sechziger Jahre einsetzt, reichen zurück bis zu den Anfängen der spanischen Kolonisation des philippinischen Archipels in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Im Verlauf der spanischen Kolonisation haben sich die ersten *Kulturberührungen* zwischen „Christentum“ und „Islam“ sehr schnell in einen langandauernden *Kulturzusammenstoß* verwandelt, der nur von kurzen Phasen friedlicher *Kulturbeziehungen* unterbrochen wurde (vgl. zu dieser Typologie Bitterli 1992). Die Ausführungen *Albert Kolbs* in seiner schon klassischen, nach wie vor lesenswerten Philippinen-Länderkunde aus dem Jahr 1942 spiegeln noch den „kolonialen Blick“ und die Kreuzugsmentalität der spanischen Eroberer, sie lesen sich wie eine frühe Version des *Huntington'schen* Kulturkampfeszenarios: Für Kolb (1942, 155) beginnt der „Einbruch des Islam“ in die philippinische Inselwelt mit der Einbeziehung der Insel Jolo im Sulu-Archipel in den Machtbereich des Sultanats Brunei in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts, also lange vor Ankunft der Spanier. Mit deren Ankunft konnte der weitere Vormarsch des Islam aber gerade noch gestoppt werden: „Die Philippinen waren dabei, ganz unter den Einfluss der nur von verhältnismäßig wenigen Zwischengliedern hereingebrachten orientalischen Religion und Kultur zu kommen; da erschienen, auf dem Westwege um die Erde herumgreifend die Spanier und geboten dem weiteren Vordringen des Islam Einhalt, nachdem sie 30 Jahre zuvor seinen westlichen Flügel vor den Mauern Granadas zurückgeschlagen hatten. Sie fingen die Stoßkraft des Islam auf, drängten diesen aus den kurz vorher eroberten Gebieten hinaus und setzten an seine Stelle den christlichen Glauben.“ (loc. cit. 155)(vgl. Abb. 2).

Hinter diesem Bild eines weltgeschichtlich folgenreichen und schon damals globalen Ringens zwischen Okzident und Orient, zwischen „Christentum“ und „Islam“, verschwindet allerdings der eigentliche

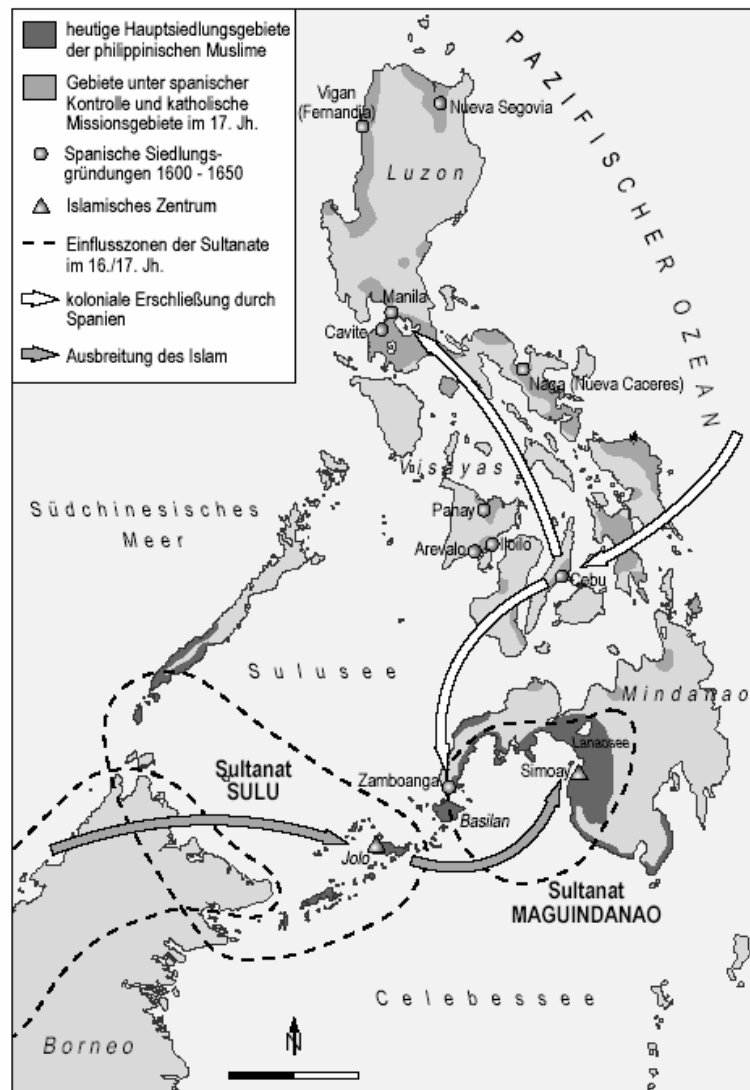


Abb.2: Philippinen: Islamische Staatsbildung und spanische Einflusszonen im 16./17. Jahrhundert (Quelle: eigener Entwurf)

Kern des Konflikts aus dem Blick: Der *Widerstand autochthoner Kleinstaaten* gegen den kolonialen Expansionsdrang der damaligen Weltmacht Spanien. Darin und nicht in einer kulturellen Differenz ist die historische Konfliktursache zu sehen. In der Folge haben beide Seiten die vor allem religiös definierte kulturelle Differenz dann aber auch machtpolitisch instrumentalisiert. Ausgehend vom Sultanat Brunei auf Borneo hatte der islamische Staatsbildungsprozess mit der Gründung eines Sultanats von Jolo bereits in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts eingesetzt und bis zur Ankunft der Spanier auch Mindanao, Mindoro und die nördliche Hauptinsel Luzon mit einem Schwerpunkt im Raum der späteren Hauptstadt Manila erfasst. Eine relativ straffe staatliche Organisation und der Islam als alle Lebensbereiche durchdringendes Kulturelement ermöglichten es den *Sultanaten von Jolo und Maguindanao* in Zentralmindanao jedoch, der kolonialen Expansion Spaniens erfolgreich Widerstand zu leisten.

Auf seiten der Kolonisatoren lässt sich die den Konfliktverlauf prägende Kreuzugsmentalität gegen „den Islam“ auf die jahrhundertelange Erfahrung der *Reconquista* auf der iberischen Halbinsel zurückführen, die nahtlos in eine koloniale *conquista* überging. Aus diesem Erfahrungshintergrund stammt auch die Bezeichnung „Moros“ (span. für „Mauren“) für die islamischen Bewohner der philippinischen Inseln. Die während der spanischen Kolonialzeit mit wenigen Unterbrechungen andauernden „Morokriege“ waren wiederum ein wichtiger Faktor der ethnisch-kulturellen Selbstidentifikation der islamischen Bevölkerung, in deren Verlauf die von den Spaniern abschätzig gemeinte Bezeichnung als stolze Selbstbezeichnung übernommen wurde. Die gemeinsame „Moroidentität“ hat allerdings nie die ethnisch-kulturellen Differenzierungen *innerhalb* der islamischen Bevölkerung auflösen können, ein Umstand, der bis heute für die Konfliktodynamik von Bedeutung ist⁴. Das spanische

⁴ Die relativ starke Persistenz ethnisch-kultureller Binnendifferenzierung teilt die muslimische Bevölkerung im Süden der Philippinen mit den Bewohnern des Berglandes von Nord-Luzon, die ebenfalls nie völlig in den Herrschaftsbereich der spanischen Kolonialmacht einbezogen werden

Streben nach territorialer Kontrolle war nicht zuletzt durch die Konkurrenz mit den in derselben Region aktiven Kolonialmächten Holland und Großbritannien motiviert. Die Gefahr bestand, dass andere Mächte aus unklaren Herrschaftsverhältnissen eigene Besitzansprüche ableiten konnten. Darüber hinaus ging es aber auch um die Kontrolle von Ressourcen: Handelswege, Handelsgüter, Nahrungsmittel (Reis). Während die ökonomische Basis des Sultanats von Sulu hauptsächlich in seiner Funktion als Handelsdrehscheibe bestand, war es für Maguindanao im flachen Hinterland Cotabatos der subsistenzwirtschaftliche Reisbau mit gelegentlicher Überschussvermarktung.

Ende des 19. Jahrhunderts wurde Spanien von den USA als Kolonialmacht der Philippinen abgelöst. Um einen Schulterchluss der Muslime mit den gegen die amerikanische Kolonialherrschaft weiterkämpfenden philippinischen Nationalisten zu vermeiden, respektierten die Amerikaner zwar zunächst die muslimische Selbstverwaltung in Mindanao und auf den Sulu-Inseln. Aber schon 1903 wurde eine von einem amerikanischen Militärgouverneur geführte „Moroprovinz“ (Mindanao und Sulu-Inseln) geschaffen, mit der man den wachsenden Widerstand der muslimischen Bevölkerung gegen Fremdherrschaft, kulturellen Assimilierungsdruck und die wachsende Zahl christlicher Zuwanderer aus den nördlichen Landesteilen zu brechen hoffte. Es sollte jedoch noch zehn Jahre dauern, bis nach zahlreichen gewaltsamen Zusammenstößen und schätzungsweise über 3.000 Opfern auf Seiten der Muslime die Entwaffnung der Morokämpfer durchgesetzt werden konnte. Angesichts der amerikanischen Militärüberlegenheit verzichtete der letzte Sultan von Jolo 1915 auf jegliche weltliche Macht. Die Moroprovinz als geschlossene Verwaltungseinheit wurde aufgelöst und die neugeschaffenen Provinzen in das zivile Verwaltungssystem des Landes integriert (vgl. Reiterer 1997, 84ff).

konnten. Dagegen hat in den von Spanien kontrollierten Landesteilen der prägende Kultureinfluss der Kolonialmacht vorher bestehende ethnisch-kulturelle Differenzen zu einer weitgehend vereinheitlichten christlich-philippinischen Kultur eingeschmolzen (vgl. dazu Schneider 1997).

Binnenwanderungen und Landkonflikte

Die amerikanische Kolonialmacht hatte in wenigen Jahren die militärische „Befriedung“ der muslimischen Bevölkerung erreicht - was den Spaniern während ihrer über 300-jährigen Kolonialherrschaft nie vollständig gelungen war. Aber zugleich wurden auch die Keime des bis heute andauernden Konflikts gelegt:

- Im Zuge der amerikanischen *Politik der Philippinisierung* waren die administrativen und legislativen Befugnisse zunehmend in die Hände christlicher Filipinos übergegangen, die nun auch in Mindanao alle wichtigen Ämter besetzten und auf eine rasche Integration der muslimischen Bevölkerung in den im Entstehen begriffenen philippinischen Nationalstaat drängten.
- Die *Ansiedlung christlicher Siedler* wurde gefördert, um die „Landfrage“ in den dichter besiedelten Landesteilen auf Luzon und in den Visayas zu entspannen, aber auch, um dadurch die kulturelle Assimilierung der Morobebevölkerung zu fördern und die Gefahr secessionistischer Bestrebungen zu verringern. Diese Gefahr ging keineswegs nur von der muslimischen Bevölkerung aus, sondern auch von amerikanischen Investoren, die sich für die angestrebte Entwicklung einer Plantagenökonomie größere Vorteile von einem selbständigen Kleinstaat im Süden der Philippinen versprochen (vgl. Pelzer 1945, 129).

In großem Stil setzte eine vom jetzt selbständigen philippinischen Nationalstaat geförderte Zuwanderung nach Mindanao aber erst nach Ende des Zweiten Weltkrieges ein. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebten bis auf einen schmalen Siedlungsstreifen an der Nordküste ausschließlich Muslim-Filipinos und *Lumad* (Sammelbezeichnung für rund 18 nicht-muslimische und nicht-christliche ethno-linguistische Bevölkerungsgruppen) auf der zweitgrößten Insel des Landes, die zusammen mit den Sulu-Inseln rund 32% der Landesfläche ausmacht. Bewohnt wurde dieser Raum im Jahr 1903 aber nur von knapp 700.000 Einwohner oder 11% der Gesamtbevölkerung. Diese Relation macht das bei Politikern und in der Öffentlichkeit populäre Bild eines dünnbesiedelten Pionierlandes,

eines *land of promise and unlimited opportunity* plausibel. Die staatlichen Umsiedlungsprogramme waren auch ein Instrument zur Befriedung der Huk-Bewegung in Zentralluzon, die sich aus dem antijapanischen Widerstand nach dem Krieg zu einer sozialrevolutionären Bauernbewegung entwickelt hatte. Die Bedeutung der staatlichen Programme lag aber weniger in der Zahl der direkt von ihnen erfassten Siedler, als vor allem in ihrem Stimulus für die spontane Zuwanderung landsuchender christlicher Filipinos aus den dicht besiedelten nördlichen Landesteilen, vor allem den Visaya-Inseln Cebu, Panay, Negros und Bohol, in den Pionieraum des „wilden Südens“ (Wernstedt / Spencer 1967, 504). In wenigen Jahrzehnten wurde die islamische Bevölkerung zu einer Minderheit im eigenen Land! Bis 1970 war die christliche Bevölkerung in Mindanao und auf den Sulu-Inseln auf 6,3 Mio. angewachsen und stellte mehr als drei Viertel der Gesamtbevölkerung. Allein zwischen 1948 und 1970 waren rund 2 Mio. christliche Filipinos zugewandert. Die rund 18 Mio. Bewohner Mindanaos und der Sulu-Inseln machten Mitte der neunziger Jahre 23,6% der philippinischen Gesamtbevölkerung aus, der Anteil der Muslime hatte sich aber auf unter 21% verringert. Nur im Autonomiegebiet der ARMM stellen die Muslime mit einem Anteil von knapp 89% noch die klare Bevölkerungsmehrheit, darüber hinaus liegt der muslimische Bevölkerungsanteil nur noch in der Provinz Central Mindanao mit knapp 27% über dem Durchschnitt für Mindanao und die Sulu-Inseln insgesamt (NSO 1997). Dies zeigt, dass dem Konfliktgeschehen im Süden der Philippinen keineswegs die von *Huntington* unterstellte „muslimische Bevölkerungsexplosion“ zugrundeliegt. Ursächlich ist vielmehr, dass die muslimische Bevölkerung durch die Zuwanderung christlicher Siedler aus den nördlichen Landesteilen zu einer Minderheit im eigenen Land geworden ist.

Mit der Zuwanderung waren Konflikte zwischen unterschiedlichen kulturellen Lebensstilen, vor allem aber um das agrarisch nutzbare Land vorprogrammiert. In den muslimisch besiedelten Landesteilen trafen nicht miteinander vereinbare *Bodenrechtssysteme* aufeinander, eine Quelle nicht endender Konflikte. Nach den Rechtsvorstellungen der Muslime verfügen die Sippenverbände über das nutzbare

Agrarland, das Einzelpersonen durch die traditionellen Führer (Datus) auf Zeit zur Nutzung zugeteilt wird. Unbewohntes oder zeitweise ungenutztes Gemeindeland bleibt Eigentum der Sippenverbände mit Nutzungsrechten für alle Mitglieder. Eingetragene Besitztitel waren und sind in den islamischen Gemeinschaften nicht zuletzt aufgrund des bürokratischen Aufwands wenig gebräuchlich. Im Unterschied dazu erklärt das von den USA übernommene konstitutionelle Bodenrechtssystem der Philippinen alles nichtverbriefte und unbewohnte Land zu Staatseigentum (*public land*). Die christlichen Neusiedler konnten sich nach der ersten Ernte einen förmlichen Besitztitel für das von ihnen bearbeitete Staatsland sichern (Hausherr 1972, 54 ff.). Die Folge waren eskalierende Auseinandersetzungen über konkurrierende Nutzungsansprüche, die schließlich in den siebziger Jahren bürgerkriegsähnliche Züge annahm. Verschärft wurde die Situation durch die Aktivitäten großer Agrarkonzerne, die sich durch politische Einflussnahme Landbesitztitel sichern konnten, die dann in vielen Fällen mit Hilfe bewaffneter Privatarmeen gegen die tatsächlichen Landnutzer vor Ort – unabhängig davon, ob es sich um Muslime oder Christen handelte – durchgesetzt wurden. Kampf um (Agrar)Land und Widerstand gegen kulturelle Überfremdung lassen sich in den Pionierräumen Mindanaos als Konfliktursachen identifizieren. Auf die Inseln des Sulu-Archipels, die nie Zuwanderungsziel christlicher Siedler waren, trifft dies allerdings nicht zu. Neben Fischerei bildet hier Tauschhandel und Schmuggel über die nahen Grenzen der Nachbarstaaten Indonesien und Malaysia die ökonomische Grundlage der sich ethnisch hauptsächlich aus Tausug und Samal zusammensetzenden Bevölkerung. Hier kam es zum Konflikt, als die philippinische Regierung in den siebziger Jahren versuchte, mit verschärften Grenzkontrollen der muslimischen Aufstandsbewegung in Mindanao den Nachschubweg über See abzuschneiden und damit die materielle Grundlage der auf den Sulu-Inseln lebenden Bevölkerung in Gefahr geriet (Turner et al. 1992).

Die skizzenhafte Konfliktbeschreibung mag zum Verständnis genügen, dass es sich im Süden der Philippinen keineswegs im *Huntingtonschen* Sinn um einen „Kampf der Kulturen“, sondern vielmehr

um eine Auseinandersetzung um die Ressourcen handelt, von denen die Existenz der großen Bevölkerungsmehrheit abhängt. In einer solchen situativen und kontextabhängigen geokulturelle Konfliktkonstellation ist Kultur nicht die eigentliche Konflikursache, sie wird aber über die Politisierung der kulturellen Differenz durchaus zu einer wichtigen Ressource, mit der sozialer Zusammenhalt gesichert sowie materielle und diplomatische Unterstützung mobilisiert werden kann. Für die islamische Bevölkerung stellt ihre historisch gewachsenen „Moroidentität“ zweifellos die wichtigste Ressource dieser Art dar, die mit Erfolg zur Mobilisierung internationaler Solidarität genutzt werden konnte.

Ausblick: Unabhängigkeit oder Autonomie?

Die aktuelle, noch andauernde Konfliktphase hat Ende der sechziger Jahre eingesetzt. Gegenüber der traditionellen Muslimelite konnte sich damals die radikalere, nach ihrem Selbstverständnis antikoloniale Befreiungsweegung *Moro National Liberation Front* (MNLF) unter Führung *Nur Misuaris* die Hegemonie in der Morobewegung sichern. Zwar scheiterten die Versuche eines offenen Aufstands, aber es gelang, in der islamischen Staatenwelt Unterstützung gewinnen, vor allem die Anerkennung durch die Konferenz islamischer Außenminister (*Organization of Islamic Conference* = OIC) und OPEC-Staaten wie Libyen. Angesichts der Ölabhängigkeit der Philippinen hat dieser Umstand zweifellos die Verhandlungen mit der Marcosregierung befördert, die 1976 im *Tripolis Agreement* gipfelten. Das darin enthaltene Autonomieversprechen war an ein Plebiszit gebunden, das angesichts der Mehrheitsverhältnisse zwischen christlicher und islamischer Bevölkerung die von der Regierung erhoffte Ablehnung brachte. Bruch des vereinbarten Waffenstillstandes und die Aufkündigung des Tripolisabkommens waren die Folge.

Zu einem neuen Friedensabkommen kam es erst nach dem Sturz des Marcos-Regimes unter der neuen Präsidentin Aquino. In einer Volksabstimmung in 13 in das Friedensabkommen einbezogenen

Provinzen entschieden sich 1989 nur vier - Maguindano, Lanao del Sur, Sulu und Tawi-Tawi - mehrheitlich für den Beitritt zu einer neugeschaffenen „Autonomous Region in Muslim Mindanao“ (vgl. Abb. 1). Diese autonome Region deckt sich weitgehend mit den Kernräumen der vormaligen Sultanate von Sulu und Maguindano. Mit einem 1996 zwischen Regierung und MNLF geschlossenen Friedensabkommen verzichtete die MNLF auch formell auf die Unabhängigkeitsforderung und akzeptierte den Autonomiestatus der vier Provinzen; dies allerdings nur unter der Bedingung, dass dieser Status später auf weitere Provinzen ausgedehnt werde. Geschaffen wurde auch eine (inzwischen wieder aufgelöste) *Special Zone for Peace and Development* (SZPD) (vgl. Abb. 1), die der Förderung von Entwicklungsprojekten, nicht zuletzt zur Integration ehemaliger Guerillakämpfer dienen sollte. Der MNLF-Führer *Nur Misuari* wurde zum Gouverneur der autonomen Region gewählt und übernahm den Vorsitz im Führungsgremium der SZPD. Nach einem neuen Plebiszit im August 2001, das im Geltungsbereich des Friedensabkommens von 1996 (identisch mit der SZPD) durchgeführt wurde, entschieden sich nur noch die Stadt Marawi am Lanao-See sowie die Inselprovinz Basilan zum Beitritt zur ARMM, in allen übrigen Abstimmungsgebieten wurde aufgrund der Mehrheitsverhältnisse die Autonomielösung abgelehnt. Die Verwaltung der autonomen Region durch die MNLF war allerdings, bedingt durch geringe Mittel und Kompetenzen, aber auch durch klientelistische Machtsicherung und Korruption wenig erfolgreich und hat auch unter der muslimischen Bevölkerung, deren Lebensbedingungen sich nicht spürbar verbessert haben, zu wachsender Unzufriedenheit geführt (May 2001). Als Folge wurde der amtierende Regionsgouverneur und historische Führer der MNLF *Nur Misuari* im Jahr 2001 in seiner eigenen Organisation entmachtet und für die anstehenden Gouverneurswahlen nicht mehr nominiert; gewählt wurde ein der jetzigen Regierung genehmer Vertreter der MNLF. *Misuaris* Versuch, die Wahlen durch eine bewaffnete Rebellion auf Jolo zu verhindern, scheiterte unter hohen Verlusten. *Misuari* wurde schließlich in Malaysia festgenommen und wartet nach seiner Auslieferung an die Philippinen nun in einem Militärcamp nahe Manila auf seinen Prozess.

Die 1981 als Abspaltung der MNLF entstandene, stärker islamistisch ausgerichtete und militärisch inzwischen bedeutsamere MILF hält an der Forderung nach Unabhängigkeit und dem bewaffneten Kampf zur Erreichung dieses Ziels fest. Auch zur Ablenkung von eigenen innenpolitischen Problemen hatte der Vorgänger der jetzigen Präsidentin Arroyo Estrada (gegenwärtig selbst wegen Korruptionsvorwürfen inhaftiert) im Jahr 2000 eine Militäroffensive gegen die MILF gestartet, ohne die Organisation aber wirklich besiegen zu können. Die neue Präsidentin Arroyo hat mit der MILF einen Waffenstillstand vereinbart und unter malaysischer Vermittlung wurden Friedensgespräche aufgenommen. Um Unabhängigkeit wird es dabei allerdings nicht gehen, wie die Regierung klargestellt hat, bestenfalls also um erweiterte Autonomie. Das philippinische Militär, das die steigende Zahl von Verletzungen des Waffenstillstands der MILF anlastet, steht diesem Prozess - wohl auch aus Sorge um die eigene Rolle - aber mit großer Skepsis gegenüber, so dass der Ausgang des Friedensprozesses mehr als ungewiss ist. Anfang 2003 drohte die zunehmende Eskalation der Gewalt (Bombenanschläge, Militäroffensiven, Guerillaangriffe) bereits in einen offenen Krieg zwischen Militär und MILF umzuschlagen. Wiederum unter malaysischer Vermittlung finden derzeit Bemühungen statt, die abgebrochenen Friedensgespräche wieder aufzunehmen (vgl. dazu Schneider 2003).

Die nähere Betrachtung des südphilippinischen Regionalkonflikts hat gezeigt, dass es sich hier keineswegs um einen „Konflikt der Kulturen“ handelt sondern vielmehr

- um die Herrschaftssicherung zunächst des kolonialen Staates (Spanien, USA), später des philippinischen Nationalstaates,
- um die Kontrolle von Handelswegen und Zugriff auf agrar- und forstwirtschaftlichen sowie bergbaulichen Ressourcen (Landfrage) sowie
- um die agrarische Erschließung der *pioneer frontier* durch migrierte christliche Siedler aus dem dichter bevölkerten Norden des Landes sowie durch Unternehmen des Agrobusiness.

Der Konflikt im Süden der Philippinen ist vor allem ein Entwicklungskonflikt. Die ärmsten Provinzen der Philippinen liegen in Mindanao. Das Land gehört zwar nicht zu den allerärmsten, wohl aber zu den armen Entwicklungsländern. Im Jahr 2000 betrug das Volkseinkommen pro Kopf nur 1.040 US\$, halb so viel wie in Thailand und nur 4,2% des entsprechenden Wertes für Deutschland (25.050 US\$) (World Bank 2001). Fast 40% der Bevölkerung gelten offiziell als „arm“ – unabhängige Forschungsinstitute sprechen sogar von 80%! Es besteht die Gefahr, dass die – politisch unrealistische und ökonomisch unsinnige – Forderung nach einem eigenen unabhängigen Moro-Staat im Süden der Philippinen immer wieder zum Kristallisationspunkt der Unzufriedenheit der Muslim-Filipinos werden wird, wenn für die Mehrheit keine Besserung ihrer Lebenssituation absehbar ist.

Hinzu kommt besonders in diesem Raum eine Jahrzehnte andauernde Erosion des staatlichen Gewaltmonopols – und zwar keineswegs nur durch die muslimische (teilweise auch die kommunistische) Guerilla, sondern auch durch korrupte Politiker, Beamte und Militärs, durch Großgrundbesitzer und internationale Agarkonzerne, die oft mit bewaffneten Privatarmeen für Ordnung in ihrem Sinn sorgen. Dies hat einen Markt „privatisierter Gewalt“ hervorgebracht, auf dem die Geschäfte wie z.B. die Entführungen der *Abu Sayyaf*-Gruppe gerade deshalb florieren, weil es einen durch das staatliche Gewaltmonopol bewehrten Frieden nicht gibt. Bei allen Akteuren gibt es handfeste ökonomische Interessen, die einer Befriedung im Wege stehen. *Abu Sayyaf* kann als typisches Beispiel für „politische Gewaltunternehmer“ gelten, die schon aufgrund ihrer kommerziellen Interessen politischen Lösungen mit dem Ziel einer Befriedung kaum die Hand reichen werden.⁵

⁵ Der Typus des *warlords* oder „politischen Gewaltunternehmers“, der die Verschmelzung von Politik, Gewaltanwendung, Kriminalität und kommerziellem Interesse verkörpert, spielt in der Diskussion im die „neuen Kriege“ eine zentrale Rolle (vgl. Eppler 2002, Kaldor 2000, Münkler 2002).

In über 400 Jahren ist es weder den Kolonialmächten Spanien und USA, noch dem philippinischen Nationalstaat gelungen, den Konflikt mit der islamischen Bevölkerungsminderheit im Süden des philippinischen Archipels militärisch zu lösen. Auch in Zukunft wird sich der Konflikt nicht auf diesem Weg lösen lassen, da die eigentlichen Konfliktursachen so nicht berührt werden. Nur eine umfassende Entwicklungsanstrengung, die die islamische Bevölkerung nicht weiter marginalisiert, sondern tatsächlich einbezieht und am Wirtschaftswachstum teilhaben lässt, verbunden mit einer weitgehenden kulturellen Autonomie, wird der Gewaltbereitschaft und der Attraktivität secessionistischer Bestrebungen den Boden entziehen können. Eine Alternative zu diesem schwierigen und langwierigen Weg gibt es nicht.

Literatur

Bitterli, U. (1992): *Alte Welt – neue Welt. Formen des europäisch-überseeischen Kulturkontaktes vom 15. bis zum 18. Jahrhundert.* München.

Dañguilan Vitug, M./ Gloria, G.M. (2000): *Under the crescent moon: Rebellion in Mindanao.* Quezon City.

Ehlers, E. (1996): *Kulturkreise – Kulturerdteile – Clash of Civilizations. Plädoyer für eine gegenwartsbezogene Kulturgeographie.* In: *Geographische Rundschau*, (48)6, 338-344.

Eppler, E. (2002): *Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt? Die Privatisierung und Kommerzialisierung der Gewalt.* Frankfurt am Main.

Hausherr, K. (1972): *Die Entwicklung der Kulturlandschaft in den Lanao-Provinzen auf Mindanao (Philippinen) unter Berücksichtigung des Kulturkontaktes zwischen Islam und Christentum.* Bonn.

Huntington, S. (1998): *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert.* München, Wien. (engl. Original 1996)

Kaldor, M. (2000): Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung. Frankfurt am Main. (engl.Original 1999).

Kolb, A. (1942): Die Philippinen. Leipzig.

Kolb, A. (1962): Die Geographie und die Kulturerdteile. In: Leidlmair, A. (Hrsg.): Hermann von Wissmann – Festschrift. Tübingen, 42-49.

Kreutzmann, H. (1997): Vom „Great Game“ zum „Clash of Civilizations“? Wahrnehmung und Wirkung von Imperialpolitik und Grenzziehungen in Zentralasien. In: Petermanns Geographische Mitteilungen, (141)3, 163-186.

Kreutzmann, H. (1998): From modernization theory towards the „clash of civilizations“: directions and paradigm shifts in Samuel Huntington´s analysis and prognosis of global development. In: GeoJournal, (46), 255-265.

Luther, H.U. (1981): Der Mindanao-Konflikt: Interner Kolonialismus und regionale Rebellion in den Südpalippen. In: Khan, K.M./ Matthies, V. (Hrsg.): Regionalkonflikte in der Dritten Welt. München, 183-282.

May, R.J. (2001): Muslim Mindanao. Four years after the peace agreement. In: Southeast Asian Affairs 2001. Singapore, 263-275.

McKenna, T.M. (1998): Muslim rulers and rebels. Everyday politics and armed separatism in the Southern Philippines. Berkeley, Los Angeles, London.

Meyer, T. (1997): Identitäts-Wahn. Die Politisierung des kulturellen Unterschieds. Berlin.

Münkler, H. (2002): Die neuen Kriege. Reinbek bei Hamburg.

NSCB (= *National Statistical Coordination Board*)(2002): Philippine statistical yearbook 2002. Manila. Internetquelle: www.nscb.gov.ph.

NSO (= *National Statistics Office*)(1997): 1995 Census of population. Manila.

Pelzer, K.J. (1945): Mindanao, the frontier. In: ders.: Pioneer settlements in the Asiatic tropics. New York, 127-159.

Reiterer, G.M. (1997): Die Philippinen. Kontinuität und Wandel. Wien.

Rosiny, S. (2002): Der *jihad* im Islam, ein kontroverses Rechtsgutachten von 1998 und die Anschläge vom 11. September. In: Von Aretin, F./ Wannemacher, B. (Hrsg.): Weltlage. Der 11. September, die Politik und die Kulturen. Opladen, 75-89.

Schneider, H. (1997): Ethnizität und ethnische Viertelsbildung in philippinischen Sekundärstädten am Bsp. von Zamboanga City und Baguio City. In: Jansen, M./ Johanek, P. (Hrsg.): Grenzen und Stadt. Aachen, 61-100. (= Veröffentlichungen der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Stadtkulturforschung, Bd. 2).

Schneider, H. (2000): Kulturkampf oder Ressourcenkonflikt? Hintergründe des Regionalkonflikts im Süden der Philippinen. In: Petermanns Geographische Mitteilungen, (144)4, 14-19.

Schneider, H. (2003): Mindanao: Alter Konflikt oder „neuer Krieg“? Eskalation der Gewalt im Süden der Philippinen. In: Pacific News, 20, 4-7.

Senghaas, D. (1998): Zivilisierung wider Willen. Der Konflikt der Kulturen mit sich selbst. Frankfurt am Main.

Turner, M. et al. (Eds.)(1992): Mindanao. Land of unfulfilled promise. Quezon City.

Werning, R. (2001): Wehrhafter Widerstand - in den Südphilippinen hat Moro-Widerstand Tradition. In: Schreiner, H. (Hrsg. für das Asienhaus): Islam in Asien. Bad Honnef, 180-195.

Wernstedt, F.L./ Spencer, J.E. (1967): The Philippine island world. A Physical, cultural and regional geography. Berkeley, Los Angeles.

World Bank (2001): World development report 2002. Washington.